

BESCHLUSS-NR. 083/19

öffentlich

**Antrag der
Fraktion DIE LINKE vom 23.08.2019, eingegangen bei der Stadt
Zossen am 26.08.2019: Kooperationsvereinbarung des
Landkreises zum Breitbandausbau in Zossen**

| Beratungsfolge: | | | | |
|---|----------------------|----------------------|-------------------------------------|--------------------|
| Gremium | Datum Sitzung | Zuständigkeit | Abstimmung (J / N / E) | Bemerkungen |
| Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen | 18.09.2019 | Entscheidung | | |
| | | | | |

Bestätigung nach Beschlussfassung

Bürgermeisterin

Bestätigung nach Beschlussfassung

Vors. d. Stadtverordnetenversammlung

BV-Nr. 003/19

Fraktion **DIE LINKE.** Zossen



Fraktion DIE LINKE Zossen
c/o Carsten Preuß
Johnepark 34
15806 Zossen
Carsten.preuss@t-online.de
03377303439

Zossen, 23.08.2019

Beschlussantrag:

Die Stadtverordnetenversammlung Zossen beschließt:

- 1. Die Stadtverwaltung wird aufgefordert zur kommenden Sitzung der SVV die Kooperationsvereinbarung mit dem Landkreis Teltow-Fläming zum Breitbandausbau zur Beschlussfassung vorzulegen.**
- 2. Die Stadtverwaltung wird ferner aufgefordert den Landkreis Teltow-Fläming darüber zu informieren, dass die Kooperationsvereinbarung mit dem Landkreis Teltow-Fläming zum Breitbandausbau den Stadtverordneten zur Beschlussfassung vorgelegt wird.**

Begründung:

Auf Beschluss des Kreistages beteiligt sich der Landkreis Teltow-Fläming am Bundesprogramm „Förderung zur Unterstützung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland“. Damit sollen die im Landkreis verbliebenen „weißen Flecken“ erschlossen werden.

Der Landkreis hat zudem 2016 einen Antrag auf Ko-Finanzierung der Förderung beim Land Brandenburg beantragt. Das Projekt der Kreisverwaltung Teltow-Fläming umfasste ursprünglich alle Städte und Gemeinden sowie das Amt Dahme/Mark des Landkreises, auch Zossen. Hierfür haben alle Städte und Gemeinden des Landkreises eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnet.

Der vom Landkreis zu übernehmende kommunale Eigenanteil der Ausbaurkosten betrug 653.000 Euro. Das schloss den Eigenanteil der Stadt Zossen ein.

Erst nach mehrmaliger Aufforderung hat Zossens Bürgermeisterin Michaela Schreiber dem Landkreis verbindlich mitgeteilt, die Kooperationsvereinbarung zum Breitbandausbau nicht zu unterzeichnen.

Ursprünglich sollten insgesamt 5.058 Haushalte, 63 Schulen sowie 162 Gewerbeadressen mit schnellem Internet versorgt werden. Ohne das Ausbaugbiet Zossen sind es nur noch 4.643 Haushalte, 57 Schulen sowie 105 Gewerbeadressen.

Bei dem Abschluss der Kooperationsvereinbarung zum Breitbandausbau handelt es sich nicht um ein Geschäft der laufenden Verwaltung.

Die Bürgermeisterin Michaela Schreiber hätte die Stadtverordnetenversammlung bzw. den Hauptausschuss der Stadt Zossen in die Entscheidungen einbeziehen müssen.

Das ist nicht geschehen und soll jetzt nachgeholt werden.

Carsten Preuß
Fraktionsvorsitzender